



Band 4. Das Wilhelminische Kaiserreich und der Erste Weltkrieg 1890-1918

Keine Epoche der neueren deutschen Geschichte hat so viele Kontroversen entfacht wie die Zeitspanne von der Entlassung Otto von Bismarcks im März 1890 bis zum Kriegsausbruch 1914. In der Zwischenkriegszeit stand das Deutsche Kaiserreich im Mittelpunkt der Debatte über die Ursachen des Ersten Weltkrieges. Nach 1945 konzentrierte sich die Diskussion zusehends auf die Frage, inwieweit das Kaiserreich auf einer historischen Kontinuitätslinie hin zum Nationalsozialismus zu lokalisieren sei. In den Siebzigerjahren war es schließlich allgemein üblich geworden, die Ursprünge des Dritten Reichs direkt auf die vielfältigen Spannungen und Widersprüche des Deutschen Kaiserreichs zurückzuführen. In der einflussreichsten Stellungnahme zu dieser Auslegung beschrieb der westdeutsche Historiker Hans-Ulrich Wehler das Kaiserreich als ein durch tiefe innere Brüche gekennzeichnetes gesellschaftliches und politisches System, in welchem wesentliche Grundzüge der Vormoderne bis ins moderne, industrielle Zeitalter fortbestanden. Die Verfassungsstruktur des Deutschen Kaiserreichs war in entscheidenden Punkten autokratisch geblieben. Die führende Schicht, der grundbesitzende preußische Adel, beherrschte nicht nur die Armee und die Staatsorgane, sondern prägte auch allgemeine Werte und Einstellungen, während das Land zugleich eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierung durchlief. Das Ergebnis dieser ungleichen Kräfteverteilung waren zunehmende innenpolitische Spannungen. Trotz der zahlreichen Forderungen nach Demokratie, sei es aus der fortschrittlichen Mittelklasse, den Frauenorganisationen oder der Arbeiterbewegung, klammerten sich die herrschenden Schichten hartnäckig an die Macht. Letztlich, so lautet die Argumentation weiter, hätten sich die politischen Eliten Deutschlands des Kriegseintritts 1914 als einer Überlebensstrategie bedient – in der Hoffnung, ein militärischer Sieg würde die schwankenden Fundamente ihrer eigenen Macht stützen.

Diese Deutung war ihrerseits heftiger Kritik ausgesetzt, zum Teil, weil sie eng mit unhaltbaren Vorstellungen darüber verknüpft zu sein scheint, wie die Modernisierung eines Landes vonstatten zu gehen habe. Überdies zeigt sie die Tendenz, die Dynamik des Deutschen Kaiserreichs zu unterschätzen, das viele Zeitgenossen als das modernste Land Europas betrachteten – ein Staat,

dessen wirtschaftliche Entwicklung, sozialer Wandel und kulturelle Leistungen unübertroffen waren und in dem eine Mischung aus autoritärer und demokratischer Herrschaft eine leistungsfähige und effektive Regierung hervorbrachte. Wenn das Deutsche Kaiserreich dennoch unter Spannungen gelitten habe, so besagt eine andere Interpretation, dann sei dies durch die Geschwindigkeit des Wandels verschuldet gewesen – mit anderen Worten, dem raschen Einsetzen der Moderne selbst.

Der vorliegende Quellenband wendet sich der zweiten Hälfte des Kaiserreichs zu, in deren Verlauf das schnelle Voranschreiten industrieller Entwicklung, sozialer Gärung und kulturellen Wandels immer drängendere Probleme schuf. Der neue deutsche Kaiser Wilhelm II., der dieser Ära seinen Namen gab, schien in vielerlei Hinsicht sowohl die impulsiven Energien als auch die Widersprüche der deutschen Entwicklung zu verkörpern. Die Quellen behandeln in erster Linie die überstürzte Dynamik des Landes. Sie sollten jedoch in Verbindung mit dem vorangehenden Band gelesen werden, in welchem die Probleme der Verfassung, die vermeintliche Ursache der vormodernen Spannungen in Deutschland, eine größere Rolle spielen.

Weiterführende Literatur:

Volker Berghahn, *Das Kaiserreich 1871-1914: Industriegesellschaft, bürgerliche Kultur und autoritärer Staat*. Stuttgart, 2003.

David Blackbourn und Geoff Eley, *The Peculiarities of German History: Bourgeois Society and Politics in Nineteenth-Century Germany*. Oxford und New York, 1984.

Roger Chickering, Hg., *Imperial Germany: A Historiographical Companion*. Westport, CT, 1996.

Matthew Jefferies, *Imperial Culture in Germany, 1871-1918*. Houndmills und New York, 2003.

Wolfgang Mommsen, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben 1890-1918*. Berlin, 1995.

Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866-1918* (2 Bände), München, 1990-92.

Joachim Radkau, *Das Zeitalter der Nervosität: Deutschland zwischen Bismarck und Hitler*. München und Wien, 1998.

Volker Ullrich, *Die nervöse Grossmacht: Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871-1918*. Frankfurt am Main, 1997.

Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte: Von der "Deutschen Doppelrevolution" bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914*. München, 1995.

Hans-Ulrich Wehler, *Das deutsche Kaiserreich 1871-1918*. Göttingen, 1973.

1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die treibende Kraft des Wandels im wilhelminischen Deutschland war die Veränderung der materiellen Verhältnisse, unter denen die Deutschen lebten und arbeiteten. Die Quellen im betreffenden Teil des Bandes legen von diesem Umbruch ein eindrucksvolles Zeugnis ab. Die Gesamtzahl der deutschen Bevölkerung schnellte im Laufe einer Generation sprunghaft in die Höhe, wobei die städtischen Regionen die größte Zunahme verzeichneten (Dok. 1-3). Eine außerordentliche Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion machte sowohl dieses Wachstum als auch eine demographische Umverteilung möglich (Dok. 4-6). Weniger als ein Drittel der deutschen Bevölkerung arbeitete 1913 noch hauptberuflich in der Landwirtschaft, während der Rest in den „sekundären“ und tertiären Sektoren beschäftigt war, also in der Industrie und im Dienstleistungsbereich. Das Wachstum der Städte war zugleich Bedingung und Ergebnis der gewaltigen industriellen Expansion des Landes, die auf die bahnbrechenden technologischen Fortschritte in der Stahlverarbeitung und der chemischen Industrie gefolgt war (Dok. 7-10). In diesen Schlüsselsektoren der Produktion, deren Entwicklung eng mit der „zweiten“ industriellen Revolution zusammenhing, waren bedeutende Teile der deutschen Industrie in Großkonzernen organisiert, welche ein enormes Aufgebot an Kapital und Arbeitskräften bündelten. Deutschland lief Großbritannien schließlich den Rang als erste Industriemacht Europas ab. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts umfassten die Produkte der deutschen Industrie Konsumgüter – von Automobilen und elektrischen Kleingeräten bis hin zu Aspirin – die zu alltäglichen Gebrauchsgegenständen des modernen Lebens geworden sind (Dok. 11-13).

2. Gesellschaft und Kultur

Die Industrialisierung bewirkte grundlegende Veränderungen im gesellschaftlichen Gefüge. Traditionen und Brauchtümer des Landlebens mussten sich gegen die Abwanderung eines Teils der Landbevölkerung in die Städte und Ballungszentren behaupten (Dok. 1-4). In den mittleren Gesellschaftsschichten erhöhte sich die soziale Mobilität mit Deutschlands Übergang von einer ständischen zu einer Klassengesellschaft (Dok. 10-13). Doch für viele war die soziale Schichtung eine Sackgasse. Die ungleiche Verteilung von Wohlstand, Bildung, Wohnraum und Gesundheit ließ innerhalb der Städte abgegrenzte Bereiche mit voneinander abweichenden Lebensstilen entstehen, wodurch spezifische Gruppenidentitäten gefördert wurden (Dok. 2, 3, 9). Diese Unterschiede riefen soziale Konflikte hervor, so dass Staat und private Organisationen sich zum Eingreifen veranlasst

sahen, um die durch wirtschaftliche und gesellschaftliche Gegensätze hervorgerufenen Spannungen zu entschärfen oder wenigstens zu kontrollieren (Dok. 5-8).

In dieser Klassengesellschaft wichen die Lebensstile der Aristokratie, des Bürgertums und der Arbeiterschicht deutlich voneinander ab. Während die politische Bedeutung des Adels im modernen Verwaltungsstaat schwand, blieb ihr privilegierter sozialer Status erhalten. Laut einer These zu den Ambitionen des Bürgertums, der „gehobenen Mittelklasse“, sei dies bestrebt gewesen aristokratische Lebensformen nachzuahmen in der Absicht die gesellschaftliche Anerkennung zu erhalten, welche es aufgrund seiner wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Leistungen zu verdienen glaubte (Dok. 14). Die so genannte „Feudalisierung des Bürgertums“ ist dafür verantwortlich gemacht worden, dass sich diese soziale Schicht für die gesellschaftlichen Werte des Militarismus, ein paternalistisches Autoritätsverständnis sowie einen antiquierten Ehrenkodex empfänglich zeigte (Dok. 15-16). Unterdessen spielten sich Privatleben und Freizeitaktivitäten, deren Gestaltung schichtengebunden blieb, in öffentlichen Räumen wie Filmtheatern und Kaufhäusern ab, die technologischer Fortschritt und moderne Produktionskapazitäten ins Leben gerufen hatte (Dok. 17-18).

Konfession, Geschlecht und Generation entschieden zwar nicht über die Zugehörigkeit einer Person zu einer bestimmten gesellschaftlichen Schicht, können aber ebenso wenig von den Klassenstrukturen gelöst betrachtet werden. Selbst wenn die untergeordnete Stellung der Frau fest in allgemein akzeptierten Vorurteilen und gesellschaftlichen Konventionen verankert war und die Dynamik der deutschen Wirtschaft zunehmend Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen außerhalb des häuslichen Bereichs bot, wichen die Lebensumstände von Frauen aus der Arbeiterschicht wesentlich von denen bürgerlicher Frauen ab (Dok. 19-22). Das Gleiche galt für die unterschiedlichen alltäglichen Erfahrungen junger und alter Menschen (Dok. 23-25). Der Kulturkampf verlor in der wilhelminischen Zeit zwar an Intensität, doch konfessionelle Gegensätze bestanden fort und Katholiken sahen sich weiterhin Diskriminierungen ausgesetzt (Dok. 26-32). Viele Industriearbeiter lebten in einem katholisch geprägten Umfeld, wo die Einbettung sozialer Forderungen in radikale utopische Entwürfe aber weitestgehend auf Ablehnung stieß (Dok. 33). Juden waren in Deutschland schon immer antisemitischen Reaktionen ausgesetzt gewesen und in den 1890er Jahren sahen bereits die meisten von ihnen kulturelle Anpassung als Schlüssel zur vollständigen Integration (Dok. 34, 36). Der Traum von einem unabhängigen jüdischen Heimatland im Nahen Osten, welcher etwa zur gleichen Zeit entstand, übte auf die deutschen Juden kaum

Anziehungskraft aus, obwohl der deutsche Kaiser dem Vorhaben Interesse entgegen zu bringen schien (Dok. 35).

3. „Modernes Leben“: Diagnosen, Entwürfe, Alternativen

Der Begriff „modern“ ist voller Widersprüche. In der Vielfalt seiner Bedeutungen offenbart sich die Vielschichtigkeit der wilhelminischen Gesellschaft und ihrer Kulturproduktion. Eine neue kommerzielle Massenkultur entstand, in welcher der technologische Wandel und der hohe Alphabetisierungsgrad der Bevölkerung zu einer explosionsartigen Ausbreitung von Druckerzeugnissen führten (Dok. 7). Zeitgenössische Beobachter äußerten sich staunend über die Einheitlichkeit des kulturellen Lebens, jedoch täuschte dieser Eindruck über aufkeimende Kräfte hinweg, die sowohl Rolle als auch Wertvorstellungen des Kaisers in Frage stellten (Dok. 1). In den 1890er Jahren, besonders um die Jahrhundertwende, verbreitete sich unter einer illustren Gruppe aus Kulturkritikern, intellektuellen Avantgarden und Reformern eine deutlich vernehmbare Unzufriedenheit mit der lähmenden Atmosphäre des Bürokratismus (Dok. 2, 3, 14, 17-19).

In der bildenden Kunst brachen viele Maler mit den Hierarchien der akademischen Kunst, verkörpert in der Person Anton von Werners, um ihre eigenen Ausstellungen, die „Sezessionen“, von den traditionellen Strukturen staatlichen Mäzenatentums zu entbinden. Dabei richteten sie ihre Aufmerksamkeit vor allem auf die Suche nach neuen Formen und Motiven (Dok. 3-6). Auch in der Literatur befreiten sich junge Schriftsteller von den Vorgaben der alten Meister (Dok. 8). Thomas Mann bediente sich in seinen „Buddenbrooks“ moderner literarischer Verfahren, indem er etwa mit radikalen Perspektivwechseln arbeitete. Seine Schilderung des modernen Bürgertums zeugte von den Belastungen, die der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel einer Lübecker Kaufmannsfamilie auferlegte (Dok. 9). In der Dichtung inspirierten die Faszination städtischen Lebens, die kaum fassbaren Eindrücke eines sich unentwegt wandelnden Alltags und der Wunsch nach stilistischer Erneuerung die Künstler dazu, zahlreiche neue Wege zu beschreiten. Die deutsche Dichtung erlebte durch schöpferische Innovationen wie August Stramms Beschwörung der Körperlichkeit des gesprochenen Worts und den lyrischen Ästhetizismus Rainer Maria Rilkes eine Blüte, welche die Provinz ebenso erfasste wie die Schlachtfelder (Dok. 10-13). „Die freie Volksbühne“ sorgte für frischen Wind im Theaterbereich und war gleichzeitig Sprachrohr der sozialistischen Kritik (Dok. 14). Oskar Panizzas „Das Liebeskonzil“, eine bissige Satire auf die katholische Kirche, war für den größten Teil der Lebenszeit seines Autors verboten (Dok. 15). Die Satire wurde in illustrierten Zeitschriften wie dem „Simplicissimus“ als äußerst wirkungsvolle Waffe eingesetzt und schuf einen Kontrast zum pompösen Auftreten des Kaisers.

Reformbewegungen stellten die wilhelminische Gesellschaft vor bedeutende Herausforderungen. Sie vertraten die Ansprüche vieler, die den Bereich des alltäglichen Lebens verändern wollten – von der Kleidung über den Lebensstil und die Sexualität bis hin zur Erziehung, Jugend, Umwelt, Architektur, Gestaltung von Innenräumen und Stadtplanung. Das „Gesetz gegen die Verunstaltung landschaftlich hervorragender Gegenden“ stand für den Erfolg der Umweltbewegungen (Dok. 16). Paul Schultze-Naumburg, Künstler und Vorkämpfer des Umwelt- und Naturschutzes, befasste sich ebenfalls mit Inneneinrichtung und angewandter Kunst (Dok. 17). Karl Manns „Kraft und Schönheit“ betonte die Gesundheit und den moralischen Nutzen der Freikörperkultur. Julius Langbehn, ein gescheiterter Akademiker, beschwor Rembrandt als den geistigen Vater einer neuen Reformation, welche die Kunst über Politik, Religion und Wissenschaft erheben sollte (Dok. 19).

Gesellschaftstheoretiker versuchten unterdessen, Erkenntnis über viele dieser „modernen“ Entwicklungen zu gewinnen. Ferdinand Tönnies' Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft und seine Forschungen zur Entwicklung und Struktur moderner Gesellschaften bilden bis heute wichtige Ausgangspunkte für Soziologen (Dok. 20). Ebenso zentral für die moderne Gesellschaftswissenschaft ist der von Max Weber entwickelte Ansatz zum Verständnis sozialer Prozesse, besonders hinsichtlich der Beziehung des einzelnen Menschen zu Religion und Kapitalismus (Dok. 21). In Georg Simmels Gedanken zur Stadt fanden sich viele Motive wieder, welche das künstlerische Schaffen jener Zeit anregten (Dok. 22).

4. Staat und Gesellschaft

Ebenso wie Künstler, Sozialphilosophen und Reformer mussten sich auch die staatlichen Vertreter mit den Herausforderungen des modernen Lebens auseinander setzen. Der „Staat“ beteiligte sich in Gestalt öffentlicher Einrichtungen auf nationaler, bundesstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene lebhaft an den Bemühungen, die Auswirkungen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wandels zu lenken, abzufedern oder einzudämmen, welche die Hochphase des industriellen Kapitalismus in Deutschland mit sich gebracht hatte. Der Staat stand dem besten öffentlichen Schulsystem der Welt vor. Er wollte gewährleisten, dass die Kinder eine Ausbildung in den Grundfertigkeiten erhielten, mit deren Hilfe sie den Anforderungen der industriellen Wirtschaft gewachsen sein würden (Dok. 1). Kinder, die eine weiterführende Schule besuchten, stammten in der Regel aus besser gestellten Familien. Im Falle der Jungen richtete sich die Ausbildung auf eine

Karriere im Staatsdienst oder in einem der freien Berufe, während die Mädchen auf ihre Rolle als Ehefrauen jener Männer vorbereitet wurden, die solche Laufbahnen einschlugen (Dok. 2-3).

Die größte Sorge des Staates bildete die industrielle Arbeiterschicht, deren Wachstum und Organisation in Gewerkschaften und politischen Parteien als Gefahr für die gesellschaftliche und politische Ordnung wahrgenommen wurde. Die Bandbreite der politischen Strategien, mit denen dieser Bedrohung begegnet werden sollte, umfasste neben Methoden der direkten Unterdrückung auch ein bemerkenswert fortschrittliches Vorsorge- und Sozialversicherungssystem. Dessen Grundlage war zwar bereits in den 1890er Jahren gelegt worden, es wurde in der wilhelminischen Ära jedoch erheblich ausgeweitet, nicht zuletzt aufgrund des Einsatzes von Politikern wie Hans Hermann von Berlepsch, dem preußischen Handels- und Industrieminister in den 1890er Jahren (Dok. 4-6). Die öffentliche Wohlfahrt bildete lediglich eine Dimension eines weit umfassenderen Phänomens, das ein sozialistischer Ökonom kurze Zeit später als „organisierten Kapitalismus“ bezeichnete – gemeint war die fortschreitende wechselseitige Durchdringung von öffentlichen und privaten Einrichtungen, wobei die staatliche Verwaltung versuchte, die wirtschaftliche Entwicklung anzukurbeln und zu regulieren, während die Unternehmen mehr und mehr in Anlehnung an bürokratische Strukturen organisiert wurden (Dok. 7-8). In dieser Hinsicht erlangte die Ausdehnung von Sozialleistungen auf Angestellte im Jahr 1911 sowohl praktische als auch symbolische Bedeutung (Dok. 9-10).

5. Politik

Die politischen Abläufe veränderten sich während der wilhelminischen Ära ebenfalls entscheidend. Der Kaiser selbst wurde rasch zum Symbol für die fieberhafte Hast, welche das politische Handeln neuerdings bestimmte, und für die elementaren Konflikte, die das Land spalteten (Dok. 1-6). Sein forsches Einschreiten in politische Angelegenheiten zeugte von der Entschlossenheit, seine autokratischen Machtbefugnisse zu bewahren oder gar auf Kosten des demokratischen nationalen Parlaments auszudehnen, selbst als gesellschaftliche Gruppierungen – Landwirte, Arbeitgeber, Katholiken, Arbeiter und ethnische Minderheiten – in der Verteidigung eigener Interessen zahlreiche Anhänger zu mobilisieren begannen (Dok. 7-9, 17-20). Der kraftvollste Ausdruck dieser Sammelbewegungen, von einigen Historikern als Geburt der deutschen Politik der Massen bezeichnet, war der phänomenale Erfolg der sozialistischen Arbeiterbewegung, deren politischer Arm, die Sozialdemokratische Partei, 1912 die stärkste Fraktion im Reichstag stellte. Es handelte sich um eine marxistische Partei, welche 1891 die gesellschaftliche Revolution in ihr Programm

eingeschrieben hatte (Dok. 12-13). Aus den internen Debatten zwischen „Revisionisten“ und „Radikalen“ ist zu schließen, dass sich die Partei diesem Ziel um 1912 mit deutlich gemäßigter Hingabe widmete, dennoch jagte das Gespenst des Sozialismus der Regierung und anderen politischen Organisationen tiefe Angst ein (Dok. 14-16). Letztere versuchten, dieser Herausforderung zu begegnen, indem sie die vermeintlich einenden Symbole der deutschen Nation ihrerseits zu Mobilisierungszwecken einsetzten. Dies gelang am erfolgreichsten mit der auf Zuspruch stoßenden Kampagne für die deutsche Kriegsflotte, die Alfred von Tirpitz vom deutschen Reichsmarineamt in Berlin aus dirigierte (Dok. 10-11). Tirpitz konnte die von ihm aufgebotenen Kräfte jedoch nicht kontrollieren, ein deutliches Warnsignal für die Gefährlichkeit jener Spielart des Nationalismus, welche ihren radikalsten Ausdruck im Alldeutschen Verband fand (Dok. 21-23).

6. Außenpolitik

Bismarcks Entlassung bedeutete einen grundlegenden Richtungswechsel in der deutschen Außenpolitik, welche von nun an neben den bevorzugten Anliegen Wilhelms II. diejenigen von Männern wie Bernhard von Bülow und Alfred Kiderlen-Wächter widerspiegelte, die der Kaiser für Spitzenpositionen im Auswärtigen Amt ausgewählt hatte (Dok. 2, 4). Während Bismarcks Politik weitgehend konservativ und hauptsächlich auf den eigenen Kontinent hin ausgerichtet gewesen war, konzentrierte sich Wilhelms „Neuer Kurs“ auf die nicht-europäische Welt mit dem Ziel, Deutschlands rechtmäßigen Platz unter den Weltmächten zu behaupten und einen, wie Bülow es ausdrückte, „Platz an der Sonne“ zu erlangen (Dok. 1,7). Die Bemühungen, das deutsche Kolonialreich zu vergrößern, waren durch aggressive Eingriffe in afrikanische und asiatische Konflikte gekennzeichnet; das Ergebnis war, dass das Misstrauen der anderen imperialistischen Mächte weiter genährt wurde, als eine Reihe kolonialer Krisen die internationalen Beziehungen dauerhaft gespannt hielten (Dok. 6, 8, 12). Besonders Großbritannien reagierte mit Missfallen, als die Deutschen mit dem Bau einer großen Schlachtflotte begannen, die sie als unverzichtbares Mittel betrachteten, um „Weltpolitik“ zu betreiben – und die britische Vormachtstellung zur See anzufechten (Dok. 3, 13-16). Das anschließende englisch-deutsche Flottenwettrüsten vergiftete die internationalen Beziehungen in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts (Dok. 5). Deutschland besaß zu diesem Zeitpunkt bereits das gewaltigste Landheer, das sich 1912-13 in Begleitung einer breit angelegten, provokativen Kampagne noch einmal vergrößerte (Dok. 17-19). Es bleibt eine strittige Frage, ob die Ereignisse, die im Sommer 1914 kulminierten, auf aggressive deutsche Absichten zurückzuführen waren. In Anbetracht der Tatsachen wird jedoch deutlich, dass das deutsche Vorgehen, ungeachtet der Motive, eine zentrale Rolle beim Ausbruch des Europäischen

Krieges spielte – dies galt vor allem für das Eingreifen der Armeeführung in einem entscheidenden Augenblick auf dem Höhepunkt der Krise (Dok. 20-24).

Deutschland im Krieg, 1914-1918

Unabhängig davon, ob die deutsche Führung mit dem Kriegseintritt 1914 möglicherweise die Hoffnung verknüpft hatte, das Land zu einen, waren die Konsequenzen des nachfolgenden Konfliktes katastrophal. Die große nationale Erfahrung des Krieges verband tatsächlich alle Deutschen, paradoxerweise verschärfte eben diese Erfahrung jedoch gleichzeitig die sozialen, kulturellen und politischen Spannungen, unter denen das Wilhelminische Deutschland bereits in Friedenszeiten gelitten hatte. Das Land war für einen langen Krieg nicht gerüstet, denn das Bündnis, welches gegen Deutschland ins Feld zog, verfügte über weit umfangreichere grundlegende Ressourcen als das Reich. Es gelang, die heimischen Reserven in einem zermürenden Kraftakt zu mobilisieren und somit die deutschen Armeen über vier Jahre lang im Feld zu halten. Dies zog jedoch derartige Erschütterungen, Entbehrungen und Zerfallserscheinungen im Inland nach sich, dass der Fortbestand des Wilhelminischen Staates selbst in Frage gestellt wurde. Die Niederlage der deutschen Armeen im Herbst 1918 zerschlug die Hoffnungen all derer, die einem großen Sieg in dem Kalkül entgegen gesehen hatten, er würde die bestehenden Machtstrukturen bestätigen und den innenpolitischen Konsens wieder herstellen. Die Niederlage wurde stattdessen vor dem Hintergrund des politischen Zusammenbruchs, von Revolution und Bürgerkrieg besiegelt.

Welchen Platz auch immer das Wilhelminische Deutschland in der Vorgeschichte des Nationalsozialismus einnehmen mag, die Bedeutung des Krieges ist kaum zu überschätzen. Selbst seine vermeintlichen Errungenschaften wie die Emanzipation der Frau und die politische Integration eines Großteils der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung vermitteln aus heutiger Sicht einen zwiespältigen Eindruck, ganz zu schweigen von der Geburt der Deutschen Kommunistischen Partei. George Kennans berühmter Formulierung zufolge war der Krieg die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts. Er hinterließ der deutschen republikanischen Regierung, die sich 1918 bildete, ein erdrückendes, durch innere Auseinandersetzungen und nationale Demütigung schwer belastetes Vermächtnis.

Weiterführende Literatur:

Roger Chickering. *Imperial Germany and the Great War, 1914-1918*. Cambridge, 2004.

Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht: Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-1918*. Düsseldorf, 1961.

Holger Herwig, *The First World War: Germany and Austria-Hungary, 1914-1918*. London, 1997.

Peter Graf Kielmannsegg, *Deutschland und der Erste Weltkrieg*. Frankfurt am Main, 1968.

Fritz Klein, et al, *Deutschland im Ersten Weltkrieg*. 3 Bände. Berlin, 1968-69.

Wolfgang Michalka, Hg., *Der Erste Weltkrieg: Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*. München und Zürich, 1994.

Wolfgang J. Mommsen. *Die Urkatastrophe Deutschlands: Der Erste Weltkrieg 1914-1918*. Stuttgart, 2002.

1. Die Kämpfe

Die deutschen Armeen zogen im Vertrauen auf einen raschen Sieg in den Krieg. Diese Erwartungen schienen sich in den ersten Wochen der Kämpfe zu bestätigen, als die Berichte von der Front den großartigen Triumph in Frankreich anpriesen – bevor sie verstummten und mehr und mehr Zeugnis ablegten von einer anderen, neuen Form des Kampfes, dem Stellungskrieg (Dok. 1-2). Ein ähnlicher Wandel vollzog sich im Tonfall der Briefe, welche die Soldaten von der Front in die Heimat schickten (Dok. 3-7). Die deutschen strategischen Aussichten hatten sich jedoch derart verdüstert, wie es weder aus den offiziellen Berichten noch aus den Feldpostbriefen herauszulesen war, und bildeten den Gegenstand ausgedehnter Debatten zwischen der Obersten Heeresleitung und den Flottenbefehlshabern (Dok. 8-10). Angesichts des Scheiterns der großen deutschen Offensive im Westen im Frühjahr und Sommer 1918 war selbst die Oberste Heeresleitung gezwungen, die Hoffnungslosigkeit der militärischen Geschicke des Landes einzugestehen (Dok. 2, 11).

2. Mobilisierung der Heimatfront

Die Reaktionen auf den Kriegsausbruch waren weit vielschichtiger und widersprüchlicher als die berühmten, von Entschlusskraft und Begeisterung zeugenden Szenen vermittelten, welche bald in Wort und Bild bejubelt wurden (Dok. 1-5). Die historische Forschung hat gezeigt, dass viele dieser Darstellungen hauptsächlich die Erfahrungen einzelner Bevölkerungsgruppen wiedergaben und dass sie rückblickend mit starker ideologischer Bedeutung aufgeladen wurden. Jedenfalls

verflüchtigte sich die Kriegsbegeisterung überall, als die gewaltigen Strapazen zur Aufbringung der materiellen und moralischen Kraftreserven begannen. Das Militär, das bereits vor dem Krieg die deutsche Gesellschaft und Politik tief durchdrungen hatte, wurde nun zum Hauptakteur der Mobilisierung. Armeeangehörige genossen quasi-diktatorische Machtbefugnisse auf allen Regierungsebenen. Diese Entwicklung erreichte ihren Höhepunkt während der letzten Kriegsjahre in der Etablierung einer Art Militärdiktatur, als Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff das Oberkommando des Heeres übernahmen (Dok. 6-8). Die Armeeführung war die treibende Kraft, welche die deutsche Industrie auf die Kriegsproduktion umstellte und die Arbeitskräfte auf die Rüstungsindustrie konzentrierte (Dok. 9-13). Gleichzeitig erforderte die Mobilisierung des Kampfgeistes, also der Versuch, die Unterstützung oder gar Begeisterung weiter Bevölkerungskreise für den immer länger andauernden Krieg zu sichern, das systematische Eingreifen militärischer Stellen, welche den so genannten „vaterländischen Unterricht“ sowohl überwachen als auch aktiv vorantreiben sollten (Dok. 14-19). Die militärische Führungsspitze konnte sich schließlich auf die Schützenhilfe führender deutscher Gelehrter und Intellektueller berufen, welche die Frage nach dem Sinn des Krieges, den die unterschiedlichsten Gruppierungen der deutschen Bevölkerung führten, mit jeweils eigenen visionären Ideenkonstrukten beantworteten (Dok. 20-25). Die Spannungen oder gar Widersprüche zwischen diesen Deutungsangeboten waren bezeichnend für die wachsenden Schwierigkeiten, das Vertrauen der Bevölkerung in die Leistungsfähigkeit der Kriegsanstrengungen zu bewahren.

3. Entbehrungen und Unruhen an der Heimatfront

Die Mobilisierung griff das Gleichgewicht der gesellschaftlichen und politischen Kräfte Deutschlands schwer an. Die deutsche Regierung erkannte, dass der Krieg ohne die aktive Unterstützung der Arbeiterbewegung nicht zu gewinnen war und machte den größtenteils demokratisch gesinnten Gewerkschaften bedeutende Zugeständnisse (Dok. 1-3). Daraus folgte, dass die Industriearbeiter in mancherlei Hinsicht besser mit der wachsenden materiellen Knappheit zurechtkamen, welche überall einsetzte und sich am schmerzlichsten bei der Versorgung mit Lebensmitteln und Kohle bemerkbar machte. Die Rationierung verhinderte weder die Inflation noch einen blühenden Schwarzmarkt, ebenso wenig konnte sie dem weithin schwindenden Durchhaltevermögen der Bevölkerung Einhalt gebieten (Dok. 4-10). Unter diesen Vorzeichen bildete sich innerhalb des radikalen Flügels der Sozialdemokratischen Partei eine politische Opposition, vor allem nachdem die Russische Revolution 1917 einen Weg zur Beendigung des Krieges aufzuzeigen schien (Dok. 11-12, 15, and 19). Die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei im Frühjahr

1917 markierte die Spaltung der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung (Dok. 16). Die Bemühungen, der wachsenden Opposition gegen den Krieg entgegen zu wirken, reichten von einer deutlich stärkeren Unterdrückung von Agitatoren bis hin zu dem Versuch, die öffentliche Meinung durch die Aussicht auf einen militärischen Sieg zu begeistern (Dok. 14, 17). Daher waren Fragen der Außen- und Innenpolitik 1917 aufs engste miteinander verzahnt. Die Vertreter eines gemäßigten Kompromissfriedens befürworteten gleichzeitig die Umgestaltung Deutschlands in eine parlamentarische Demokratie, während die Kräfte, die einen „Siegfrieden“ forderten, das autoritäre politische System verteidigten (Dok. 18, 20-23).

4. Der Weg zum Kriegsende

Für welches Ziel kämpfte Deutschland? Und welcher Friedensschluss würde die Opfer rechtfertigen, die Deutschland dem Krieg dargebracht hatte? Diese Fragen spalteten das Land nahezu von Anfang an, kaum dass die erste überschwängliche Begeisterung über einen nationalen Verteidigungskrieg zu schwinden begann. Als gegen Jahresende 1914 deutsche Truppen überall auf dem Boden fremder Länder standen, hatten einige einflussreiche Interessengruppen, darunter zahlreiche führende Industrielle des Landes, Pläne für weit reichende deutsche Annexionen in Europa geschmiedet – als Belohnung für den militärischen Erfolg des Landes (Dok. 2). Bei diesen Gedankenspielen konnten sie sich auf die Unterstützung der deutschen Regierung verlassen, auch wenn andere, gemäßigte Gruppen stattdessen eine Kompromissregelung forderten, weitestgehend auf der Grundlage der Rückkehr zum Status quo von 1914 (Dok. 1,3). Je länger die militärische Pattsituation sich dahinschleppte, desto verlockender war die Aussicht auf einen Verhandlungsfrieden zumindest mit Teilen der gegnerischen Allianz. Dies galt vor allem für die Parteien im Reichstag, welche die gesellschaftlichen Gruppen vertraten, die die schwersten Lasten des Krieges trugen (Dok. 5, 6). Diese politischen Kräfte verfügten 1917 über eine parlamentarische Mehrheit, die sich der Obersten Heeresleitung mit der so genannten „Friedensresolution“ zugunsten einer Verständigung ohne Annexionen oder Entschädigungen entgegen stellte (Dok. 7). Da ein solcher Friede den Verzicht auf weitläufige territoriale Gewinne bedeutete hätte (außerdem, dies war offensichtlich, auch innenpolitische Zugeständnisse in Bezug auf die Verfassung), bekämpften sowohl die militärischen als auch die politischen Verteidiger der alten Ordnung diesen Vorschlag bis zum Oktober 1918. Erst dann kam die Armeeführung selbst zu dem Schluss, dass Deutschland sich durch die Vermittlung des Präsidenten der Vereinigten Staaten um einen Friedensschluss bemühen müsse (Dok. 4, 8, and 9).